

Vortrag von Margot Käßmann in Ulm über „Bürgerengagement gegen Rechtsextremismus“

Verpflichtung für alle, der NPD entgegenzutreten



Margot Käßmann zu Gast bei der Stiftung Erinnerung Ulm, 14.2.2012. Foto: R. Semmler, A-DZOK.

Dass die NPD nicht verboten werden kann, ja sogar noch Steuermittel erhält, das ist für Margot Käßmann völlig unverständlich. Die streitbare Theologin und ehemalige EKD-Vorsitzende sprach im Februar auf Einladung der Stiftung Erinnerung Ulm über „Bürgerengagement gegen Rechtsextremismus – Verpflichtung aus der Geschichte, Verantwortung für die Zukunft“. Wir dokumentieren ihre Rede in Auszügen.

Margot Käßmann

„Erinnere dich“, „Gedenke!“ Das sind in der Bibel immer wieder Aufrufungen an das Volk Gottes. (...) Wenn wir gedenken und erinnern, wissen wir: Rechtsextremismus wirkt zerstörend für alle. Die durch die nationalsozialistische Ideologie (...) Verführten, sie erniedrigten und ermordeten Millionen von Menschen. Und am Ende wurden sie selbst Opfer ihrer Verführung. Insofern ist es eigentlich unfassbar, dass es in Deutschland überhaupt je wieder eine NPD geben konnte und braune Parolen durch Straßen gebrüllt werden. Schauen wir uns Berichte in den Medien an, können wir erkennen, dass die rechtsextremen Kräfte

einen Strategiewechsel vollzogen haben. Er hat ganz offensichtlich das Ziel, sich in der Öffentlichkeit vom Image der Glatzen und Bomberjacken zu distanzieren und soziale Themen auf kommunaler Ebene zu besetzen. Gleichwohl geht der Kampf um die Köpfe, um die Straße und um die Parlamente unvermindert weiter. „Wir erobern die Städte vom Lande aus“, heißt die Parole – und dies geschieht vermehrt im dörflichen und kleinstädtischen Bereich, durch Einsickern in lokale Strukturen und Wortergreifungsstrategien auf öffentlichen Veranstaltungen. (...) Sie wollen mehr politische Macht, und sie hatten bereits an einigen Stellen in Deutschland Erfolg damit. Dass eine solche Partei nicht verboten werden kann, mit Steuergeldern ihre menschenfeindlichen Parolen verbreitet, kann ich nicht begreifen. (...) Wer sich intensiver mit den Wahlkampfpapieren der NPD beschäftigt (...), erkennt unweigerlich, dass von dieser Seite ein Angriff auf die Freiheit erfolgt: Hier geht es um Einschüchterung und den gezielten Versuch, die Gleichheit zu beseitigen. (...) Deutlich ist: Hier wird ein langfristiges Ringen um die Herzen und Emotionen der Menschen geführt! Es geht nicht allein um die politische Auseinandersetzung. Die menschen-

feindliche Ideologie der Rechtsextremen ist eine substantielle Anfrage an den Kern unserer Demokratie und für mich an den Kern des christlichen Glaubens. Hier geht es um nachhaltige Auseinandersetzung in kommunalen Einrichtungen und Netzwerken, in Gemeinden und Kirchen, in Schulen und Vereinen.

Wir haben die ethische Verpflichtung dazu (...) um der Freiheit und der Gleichheit willen, die unsere Verfassung für alle Menschen in unserem Land zusagt. Für mich ist es auch eine Verpflichtung als Christin: Gott macht keinen Unterschied zwischen Völkern und Kulturen, wir sind alle ohne Unterschied Gottes Kinder! Darum dürfen wir es nicht zulassen, dass das christliche Menschenbild von Extremisten in Wort und Tat beschädigt wird.

Wer von „Mischvolk“ und „Durchrasung“ spricht, steht in der Tradition des nationalsozialistischen Terrors, von Euthanasie, Konzentrationslager und Massenmord. Wer andere ausgrenzt, wer meint, zwischen Rassen wertend unterscheiden zu können, gerät auf einen entsetzlichen Irrweg, der für Deutschland schon einmal in einer Katastrophe endete. (...)

Die Erinnerung und die notwendige Aufarbeitung unserer Vergangenheit resultieren in der Verantwortung, nie wieder Faschismus und Nationalismus von Deutschland ausgehen zu lassen. Das ist gerade da wichtig, wo heute erneut versucht wird, den Holocaust zu verleugnen und die Verbrechen der Nationalsozialisten zu verharmlosen.

„Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit!“ So lautet ein altes jüdisches Sprichwort. Unsere Kirche hat sich in den Jahren 1933-1945 schuldig gemacht, weil wir, so das Stuttgarter Schuldbekenntnis, nicht brennender geliebt, nicht treuer geglaubt und nicht mutiger bekannt haben. Das sehe ich als besondere Verpflichtung, heute frühzeitig wachsam zu sein. (...)

Gerade Jugendliche werden zum Ziel rechter Propaganda! Das Durchschnittsalter der NPD-Mitglieder beträgt 35 Jahre und macht die Partei zur jüngsten Partei Deutschlands. Besonders die Aspekte Gemeinschaft („Kameraden kümmern sich um andere“), Identität („Wir sind die neue Elite“), Heimat („Du bist Deutschland“) und Abenteuer („Was wir tun, ist spannend und gefährlich“)

ziehen viele junge Leute an. Hier sind wir gefragt: als aktive Ehren- und Hauptamtliche in der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in Frauengruppen und -verbänden, in den Vereinen und kommunalen Organisationen! Das Gebot der Nächsten- und auch der Feindesliebe wird hier ganz konkret. Es gilt, alternative Orte der Beheimatung in unseren Gemeinden anzubieten.

Dem Rechtsextremismus muss inhaltlich begegnet werden. Wir brauchen neue Bilder für unser Zusammenleben in diesem Land, die nicht von Angst und Abgrenzung, von Stigmatisierung und Parallelkultur geprägt sind. Es gibt nicht „Die“ und „Wir“, sondern nur uns, die dieses Land und unsere Zukunft gemeinsam gestalten wollen. Ein schönes biblisches Bild dafür ist die Gastfreundschaft.

(...) Was macht eine Nation aus, was eine Kultur, eine Wertegemein-

schaft? In Deutschland wird diese Frage (...) zunehmend hitzig und hochemotional diskutiert. Schleudern die einen denen, die sich für ein Miteinander der Kulturen einsetzen, ein verächtliches „Multikulti“ als Schimpfwort entgegen, so zucken die anderen allein beim Gedanken an eine „Leitkultur“ erschrocken zusammen. Angst vor „Parallelgesellschaften“ wird von den einen geschürt und ein Lobpreis der Vielfalt lässt die anderen reale Probleme klein reden. Spricht der Bundespräsident davon, dass der Islam Teil der deutschen Gesellschaft sei, wird er dafür scharf kritisiert, auch wenn unübersehbar vier Millionen Muslime in Deutschland leben.

In einer globalisierten Welt aber (...) wird sich auch die deutsche Gesellschaft den Herausforderungen des Zusammenlebens Verschiedener nicht entziehen können. Statt das zu beklagen oder Horrorszenarien

zu entwerfen, statt Probleme und Konfrontationen klein zu reden, statt Abschottung und Angst zu schüren, statt purem Idealismus oder auch Wegschauen wird es darum gehen müssen, konstruktive Konzepte eines Miteinanders der Verschiedenen zu entwerfen. In Deutschland leben Menschen unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher Kultur und ethnischer Herkunft zusammen. (...)

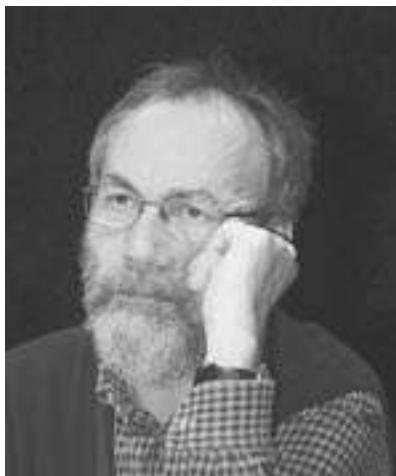
Ich habe kürzlich einen Vortrag über Werte in unserer Zeit gehalten. Der Imam vor Ort kam hinterher zu mir und sagte: „Frau Käßmann, als Moslem kann ich diese Werte alle teilen!“ (...) Es geht um unser Land mit einer freiheitlichen Verfassung, die wir gemeinsam zu verteidigen haben gegen all jene, die das Recht aushebeln wollen ob durch nationalsozialistische Ideologie oder islamistische Abgrenzung.

Der Philosoph Gáspár Miklós Tamás über seine nach rechts driftende Heimat Ungarn

Auswege allein durch die Zivilgesellschaft

„Ungarn. Eindrücke aus einem entdemokratisierten Land“ – unter diesem Titel stand ein Vortrags- und Diskussionsabend, zu dem das DZOK, die Ulmer Volkshochschule, der DGB und das Ulmer Bündnis gegen Rechts ins EinsteinHaus eingeladen hatten. Referent war der ungarische Politologe und Philosoph Gáspár Miklós Tamás aus Budapest.

Lothar Heusohn



Gáspár Miklós Tamás im Porträt.

Ungarn, ein Land an der Donau mit sehr guten Beziehungen nach Ulm. Da gibt es den Ungarischen Kulturverein, das Donaufest mit kulturellen Ungarnbezügen, das Donauschwäbische Zentralmuseum, die Europäische Donau-Akademie. Doch da gibt es auch die Diskussion um die neue ungarische Regierung der rechtskonservativen Fidesz-Partei mit dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der seit seiner Wahl im Frühjahr 2010 alles unternimmt, um ein autokratisches Regime in Ungarn zu verankern.

Wie soll man in Europa, in Deutschland, in Ulm darauf reagieren? Diese Frage wurde in den letzten Wochen und Monaten immer wieder von Bürger/-innen diskutiert – aber nicht von den „Donau“-Institutionen aufgegriffen. DZOK und vh beschlossen daher, gemeinsam mit dem DGB und dem Bündnis gegen Rechts aktiv zu werden und mit der Einladung von Prof. Tamás die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Ungarn eingehender zu beleuchten, auch als ein Baustein in der Auseinandersetzung mit der neuen Rechten, die dort unter der Regierung Orbán enormen Auftrieb erhielt.

Im sehr gut besuchten Club Orange waren die Fronten recht schnell klar. Eine starke „Fraktion“ von vorwiegend ungar-stämmigen Teilnehmern heizte die Stimmung bei jeder Gelegenheit an und versuchte, die Kritik an den Maßnahmen der Orbán-Regierung als mediengesteuerte „hysterische Kampagne“ darzustellen.

Auf der anderen Seite wollte eine deutliche Mehrheit im Raum darüber sprechen, was von europäischer Seite, vor allem aber konkret von Ulm aus unternommen werden könnte, um dem flächendeckenden Abbau demokratischer Strukturen entgegenzuwirken. Bei den Entwicklungen in Ungarn stehe demnach deutlich mehr auf dem Spiel als nur die Verhältnisse eines einzelnen Landes: Nämlich die Kernidentität eines demokratischen, sozialen Europa. Gáspár Tamás nahm hier Positionen ein, die für beide Seiten überraschend waren. Vielleicht war es aber gerade das, was dem Abend seine aggressive Schärfe nahm und eine übergreifende Diskussion erst möglich machte.

Für Tamás ist klar, dass Ungarn nur die Spitze eines gesamteuropäischen